

Edward L. Rensmann

Wirtschaftssanktionen und internationale Handelsschiedsverfahren

Internationaler Gerechtigkeitspluralismus im
transnationalen Wirtschaftsverkehr

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

522

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Anne Röhel



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
Teil I: Wirtschaftssanktionen im transnationalen Wirtschaftsverkehr .	7
<i>§ 1 Die Wirtschaftssanktion als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik</i>	9
A. Die politische Funktion der Wirtschaftssanktion	10
I. Die Wirtschaftssanktion als außenpolitische Alternative zur militärischen Gewaltanwendung	10
II. Die Wirtschaftssanktion zwischen Normbestätigung und politischer Gestaltung	14
III. Die Wirtschaftssanktion als Instrument der nationalen Außenpolitik	17
IV. Völkerrechtliche Legalität der zwischenstaatlichen Zwanganwendung .	19
B. Das ökonomische Prinzip der Wirtschaftssanktion	24
I. Die Evolution wirtschaftlichen Zwangs in internationalen Beziehungen .	24
II. Die Formalisierung und Individualisierung moderner Sanktionsregime .	29
III. Völkerrechtliche Legalität der extraterritorialen Ausübung von Hoheitsgewalt	33
<i>§ 2 Sanktionsbedingte Pflichtenkollisionen im transnationalen Wirtschaftsverkehr</i>	39
A. Die zunehmende Konfliktträchtigkeit globaler Sanktionspolitik	39
I. Die Unilateralität globaler Sanktionspolitik	40
II. Die Widersprüchlichkeit globaler Sanktionspolitik	43
B. Die starre Territorialität globaler Sanktionspolitik	48
I. Die Rechtsordnungsspezifizität außen- und sicherheitspolitischer Regulierung als Herausforderung für transnationale Strukturen	48
II. Die Kompromisslosigkeit rechtsordnungsspezifischer Sanktionsnormen	53
III. Die überbordende Extraterritorialität sanktionspolitischer Rechtsetzung .	55

1. Die extraterritoriale Ausweitung des Regelungsgehalts staatlicher Primärsanktionen	55
2. Der völkerrechtswidrige Einsatz von Sekundärsanktionen	58
<i>§ 3 Die räumlich-territoriale Geltung der Sanktionsnorm als Gegenstand der Rechtsanwendungsentscheidung</i>	<i>63</i>
A. Die Integration der Wirtschaftssanktion in die staatliche Rechtsordnung	63
I. Die Formulierung der Sanktionsnorm als öffentlich-rechtliche Verbotsnorm	64
II. Die Öffnung des Privatrechts für die normative Wirkung der Sanktionsnorm	69
B. Die Anwendung von Sanktionsnormen als Frage ihrer räumlich-territorialen Geltung	72
I. Das vermeintliche Gebot der Nichtanwendung ausländischer Sanktionsnormen	73
II. Die Anwendung der Sanktionsnorm als kollisionsrechtliche Frage	76
III. Die Notwendigkeit einer einheitlichen Methode für die Rechtsanwendung	79
Zusammenfassung des ersten Teils	82
Teil II: Staatliche Interessen in der Rechtsanwendung	85
<i>§ 4 Die Dogmatik des kollisionsrechtlichen Eingriffsrechts</i>	<i>87</i>
A. Grundzüge kollisionsrechtlicher Dogmatik und Methode	88
I. Das Kollisionsrecht als staatliche Einsicht in einen territorial gebundenen Gerechtigkeitspluralismus	88
II. Transatlantische Differenzen in der kollisionsrechtlichen Methode	92
1. Das kontinentaleuropäische Kollisionsrecht <i>Savigny</i> 'scher Prägung	92
2. Die interessenbasierten Ansätze im US-amerikanischen Kollisionsrecht	95
III. Die kollisionsrechtliche Funktion der Parteiautonomie	101
B. Rechtspolitische Notwendigkeit und kollisionsrechtliche Funktion des Eingriffsrechts	104
I. Eingriffsnormen der <i>lex fori</i> als Teil des international zwingenden Rechts	105
1. Zu Begriff und Funktion zwingender Rechtsnormen	105
2. Die international zwingende Wirkung des <i>Ordre-public</i> -Vorbehalts	108
3. Funktionale Abgrenzung des Eingriffsrechts vom kollisionsrechtlichen <i>ordre public</i>	112
II. Die forumsfremde Eingriffsnorm als Abbild eines regulatorischen Pluralismus	115
1. Abgrenzung von extraterritorialer Rechtsetzung und international zwingendem Anwendungswillen	116
2. Die rechtspolitische Notwendigkeit der Anwendung forumsfremder Eingriffsnormen	121
3. Die Abgrenzung der Eingriffsfrage von der <i>jurisdiction to adjudicate</i>	127

§ 5 Die kollisionsrechtliche Methodik des Eingriffsrechts	133
A. Die Eingriffsnorm in der Methodik des allgemeinen Kollisionsrechts	134
I. Begründungsmodelle im kontinentaleuropäischen Rechtskreis	135
1. Methodische Ursprünge des Eingriffsrechts	135
2. Der methodische Durchbruch der Sonderanknüpfungslehren	138
3. Der Ansatz der unionsrechtlichen Rom I-Verordnung	141
II. Begründungsmodelle im angloamerikanischen Rechtskreis	143
1. Das Eingriffsrecht aus Perspektive des englischen Kollisionsrechts	143
2. Die Eingriffsnorm im US-amerikanischen Kollisionsrecht	146
B. Grundlagen einer einheitlichen Anwendungsmethode	152
I. Das Schurig'sche Bündelungsmodell	152
II. Grundsätze der Normsatzstruktur aus kollisionsrechtlicher Perspektive	156
1. Zur räumlich-territorialen Geltung der Rechtsnorm	157
2. Zum Zusammenspiel von rationalem und imperativem Element der Rechtsgeltung	160
3. Die Fremdrechtsrechtsanwendung als Synthese von fremder Ratio und inländischem Anwendungsbefehl	163
III. Zur rechtskreisübergreifenden Existenz der Eingriffsnorm	165
1. Die methodische Inexistenz der Eingriffsnorm	166
2. Die Realität des Eingriffsrechts als Kollision von Rechtsanwendungsinteressen	170
IV. Zu Natur und kollisionsrechtlicher Methodik des <i>Ordre-public</i> -Vorbehalts	173
1. Zur Funktion des <i>ordre public</i> in Abhängigkeit von der Dimension des Eingriffsrechts	173
2. Die Relativität des <i>ordre public</i> als Einschränkung des universellen Geltungsanspruchs nationaler Grundprinzipien	177
§ 6 Die Struktur der Rechtsanwendungsentscheidung	182
A. Die kollisionsrechtliche Interessenanalyse im Kontext des Eingriffsrechts	183
I. Die Disqualifikation als methodisches Gerüst des Eingriffsrechts	183
1. Die Qualifikation als Methode der kollisionsrechtlichen Rechtsermittlung	183
2. Das Eingriffsrechts als Ausdruck einer kollisionsrechtlichen Disqualifikation	187
II. Grundlagen der kollisionsrechtlichen Interessenanalyse	191
1. Kollisionsrechtliche Interessen als Ausdruck einer räumlichen Gerechtigkeit	191
2. Die Sachrechtsbezogenheit kollisionsrechtlicher Rechtsanwendungsinteressen	195
3. Gesetzgeberische Typisierung und kollisionsrechtliche Ordnungsinteressen	198
4. Die prinzipiengebundene Überlagerung kollisionsrechtlicher Interessenlagen	201

III. Die kollisionsrechtliche Interessenlage bei der Anwendung von Eingriffsnormen	204
1. Die Anwendung forumseigener Eingriffsnormen als Durchsetzung forumseigner Grundprinzipien	205
2. Die forumsfremde Eingriffsnorm als Gegenstand inländischer <i>Ordre-public</i> -Kontrolle	209
a) Die Prinzipienverbundenheit forumsfremder Eingriffsnormen als autonomes Rechtsanwendungsinteresse des Forums	209
b) Widerstreitende forumsfremde Eingriffsnormen als Kollision inländischer Rechtsanwendungsinteressen	216
c) Rechtspolitische Konkretisierungen des forumsfremden Eingriffsrechts	218
B. Die Rechtsanwendungsentscheidung zwischen Kollisions- und Sachrecht	222
I. Die normative Anwendung von Eingriffsnormen	223
II. Verhältnis von normativer Anwendung und sachrechtlicher Berücksichtigung	225
1. Wechselwirkung kollisionsrechtlicher und sachrechtlicher Entscheidungsprozesse	226
2. Funktionale Abstufung der Rechtsanwendungsentscheidung im Kontext des Eingriffsrechts	229
III. Die Berücksichtigung statutfremder Sachnormen in der Sachrechtsanwendung	232
1. Die Berücksichtigung statutfremder Normen als Tatsachen	233
2. Die Berücksichtigung normativer Auswirkungen statutfremder Normen	237
a) Ursprünge der sogenannten Datumtheorie	237
b) Die Zweistufigkeit des Kollisionsrechts	239
c) Methodische Begründung der sachrechtlichen Berücksichtigung	243
3. Die Sperrwirkung des Kollisionsrechts gegenüber der sachrechtlichen Berücksichtigung	249
Zusammenfassung des zweiten Teils	254

Teil III: Staatliche Interessen in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit	257
--	-----

§ 7 Das Verhältnis von staatlicher Rechtsordnung und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit	259
---	-----

A. Die staatlich verantwortete Autonomie der Schiedsgerichtsbarkeit	260
I. Die Schiedsgerichtsbarkeit als Ausdruck staatlich gewährleisteter Parteiautonomie	260
1. Die Schiedsgerichtsbarkeit als vertragsrechtliche Schöpfung	261
2. Die Schiedsgerichtsbarkeit als <i>Delegation</i> staatlicher Rechtsprechungsgewalt	262

3. Die hybride Natur der Schiedsgerichtsbarkeit	264
II. Autonomie und staatliche Kontrolle der Schiedsgerichtsbarkeit	266
1. Die liberale Rechtsordnung als Grundlage der Schiedsgerichtsbarkeit	266
2. Staatliche Rahmenbedingungen der Schiedsgerichtsbarkeit	269
a) Das Konzept der Schiedsfähigkeit	269
b) Staatliche Kontrolle des Schiedsspruchs	271
3. Die Schiedsgerichtsbarkeit als gleichwertige Rechtssprechungsalternative	273
B. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als transnationales Phänomen	275
I. Natur und Legitimation der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	276
1. Die plurilokale Legitimation der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	277
2. Die transnationale (Rechts-)Ordnung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	280
3. Die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als autonome soziale (Rechts-)Ordnung	284
II. Staatliches Vertrauen in die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	288
1. Die Betrauung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit mit der Berücksichtigung staatlicher Interessen	288
a) Der <i>Ordre-public</i> -Maßstab im Anerkennungsverfahren	289
b) Ausweitung der Schiedsfähigkeit im Rahmen der sogenannten <i>Second-look</i> -Doktrin	292
2. Staatlicher Kontrollverlust durch die Eröffnung einer <i>regulatory arbitrage</i>	295
3. Die transnationale Funktion der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als Grundlage ihrer Autonomie	296
III. Die Grenzen staatlichen Vertrauens in die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	302
1. Regulatorische Differenzen als Herausforderung für staatliches Vertrauen	303
2. Die staatliche Furcht vor der Umgehung zwingenden Rechts	305
 § 8 <i>Zwingendes Recht in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit</i>	 313
A. Das anwendbare Recht im internationalen Schiedsverfahren	314
I. Das Kollisionsrecht der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	314
1. Die Bestimmung der Kollisionsgrundnorm der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	315
2. Das staatliche Sonderkollisionsrecht der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	318
a) Besonderheiten der kollisionsrechtlichen Ermittlung des schiedsgerichtlichen Sachstatuts	319
b) Anwendbarkeit der Rom I-VO auf die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	321

II. Die Relativität des anwendbaren Rechts im internationalen Schiedsverfahren	323
1. Die Relativität der Anknüpfungspunkte für die Ausübung staatlicher Rechtsetzungsgewalt im internationalen Schiedsverfahren	324
2. Die Relativität der staatlichen Anerkennung im internationalen Schiedsverfahren	326
3. Die Relativität zwingender Rechtsanwendungsinteressen als Brennpunkt rechtsordnungsspezifischer Legitimationskonflikte	330
B. Die Grenzen der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	332
I. Zwingendes Recht und staatliche Legitimation	333
1. Zur Abgrenzung von Legitimation und Rechtsgeltung im internationalen Schiedsverfahren	333
2. Die Wahl der legitimierenden Rechtsordnung als Gegenstand schiedsgerichtlicher Überprüfung	337
a) Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Sitzrechtsordnung als Maßstab der kollisionsrechtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	337
b) Überkollisionsrechtliche Rechtsanwendungsinteressen als Grenze der staatlichen Anerkennungsbereitschaft	339
c) <i>Regulatory arbitrage</i> als rechtsordnungübergreifende Freizügigkeit des internationalen Schiedsverfahrens	342
3. Die Durchbrechung der Territorialität der Rechtsgeltung im internationalen Schiedsverfahren	348
a) Der universelle Geltungsanspruch nationaler Grundprinzipien als extraterritorialer Legitimationsanker im internationalen Schiedsverfahren	348
b) Die Transnationalität der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit als rechtsordnungübergreifende Einhegung staatlicher Kontrolle	355
II. Rechtsanwendungsinteressen jenseits der nationalen Rechtsordnung	360
1. Der <i>ordre public transnational</i> als autonome Beschränkung der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	361
2. Der Einfluss des supranationalen Rechts der Europäischen Union	367
III. Der Einfluss der Parteien auf die konkrete Rechtsanwendungsentscheidung	369
1. Die autonome Verantwortung des internationalen Schiedsgerichts als Begrenzung legitimationsbezogener Parteiinteressen	370
2. Der Einfluss der Parteien auf die kollisionsrechtliche Abwägungsentscheidung	375
 § 9 Die Anwendung zwingenden Rechts im internationalen Schiedsverfahren	 379
A. Grundlegung	380
I. Die Eingriffsnormenproblematik im internationalen Schiedsverfahren	380
II. Funktionale Struktur der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	384

B. Die Struktur der Rechtsanwendungsentscheidung im internationalen Schiedsverfahren	387
I. Identifizierung und Auflösung überkollisionsrechtlicher Interessenkonflikte	388
II. Die normative Anwendung von Eingriffsnormen durch das Schiedsgericht	394
1. Die besonderen Rechtsanwendungsinteressen im staatlichen Sonderkollisionsrecht	394
2. Kollisionsrechtliche Besonderheiten bei Bezügen zur Europäischen Union	398
III. Die sachrechtliche Berücksichtigung in der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	400
1. Die sachrechtliche Berücksichtigung als normativer Rechtsanwendungsvorgang	401
2. Implikation der Legitimationsinteressen für die Form der Rechtsanwendung	403
Zusammenfassung des dritten Teils	407
Teil IV: Die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	409
§ 10 Grundlagen der Typisierung der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	411
A. Grundlegung	411
I. Das verbleibende Bedürfnis nach Rechtssicherheit	412
II. Die Annäherung an das Phänomen der Eingriffsnorm	414
III. Ansätze einer allseitigen Bündelung von potenziellen Eingriffsnormen	418
IV. Die Typisierung von transnationalen Interessenlagen als Konkretisierung eines globalen Eingriffsrechts	422
V. Die Wirtschaftssanktion als geeignetes Objekt der Typisierung	425
B. Die Grenzen der Typisierung in sanktionsbezogenen Konflikten	427
I. Die Durchführbarkeit sanktionsbezogener Schiedsverfahren	428
II. Die Schiedsfähigkeit sanktionsbezogener Konflikte <i>ratione materiae</i>	433
III. Die einzelfallbezogene Unwirksamkeit von Schiedsvereinbarungen	441
§ 11 Die Typisierung der staatlichen Anerkennungsbereitschaft für sanktionsbezogene Schiedsverfahren	445
A. Korrespondenz und Kollision von Sanktionsnormen und rechtsordnungsspezifischen Grundprinzipien	446
I. Die Sanktionsnorm als Konkretisierung forumseigener Grundprinzipien	446
1. Wirtschaftssanktionen des Forums als Konkretisierung des forumseigenen <i>ordre public</i>	446

2. Wirtschaftssanktionen der Europäischen Union als Konkretisierung des <i>ordre public</i> der Mitgliedstaaten	450
3. Wirtschaftssanktionen des UN-Sicherheitsrates als Konkretisierung des nationalen <i>ordre public</i>	452
II. Feindliche Sanktionsnormen als Angriff auf forumseigene Grundprinzipien	455
III. Neutrale Sanktionsnormen und forumseigene Grundprinzipien	457
1. Die Neutralität gegenüber Gerechtigkeitskonflikten jenseits des Forums	458
2. Die Zurückweisung völkerrechtswidriger Sekundärsanktionen	462
B. Sanktionsspezifische Grenzen der staatlichen Anerkennungsbereitschaft	464
I. Die einzelfallbezogene Überprüfung der schiedsgerichtlichen Rechtsanwendungsentscheidung	465
II. Die Form der Rechtsanwendung als sanktionsbezogenes Typisierungsmerkmal	468
III. Absolute Grenzen staatlicher Anerkennungsbereitschaft	471
1. Fundamentale Normen des Völkerrechts als universelle Grenze staatlicher Anerkennungsbereitschaft	471
2. Die Natur des Völkergewohnheitsrechts als relative Grenze staatlicher Anerkennungsbereitschaft	476
 § 12 Die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	 480
A. Typische Interessenlagen in der schiedsgerichtlichen Anwendung von Wirtschaftssanktionen	481
I. Die Typisierung der legitimierenden Rechtsordnung in sanktionsbezogenen Konflikten	481
1. Die überkollisionsrechtliche Interessenlage in sanktionsbedingten Konflikten	482
2. Die Auflösung überkollisionsrechtlicher, sanktionsbedingter Konflikte	484
a) Einvernehmliche Auflösung eines überkollisionsrechtlichen Interessenkonflikts	484
b) Einseitige Legitimationsentscheidung bei unauflösbaren Konflikten	488
3. Keine absolute Begrenzung der schiedsgerichtlichen Legitimationsentscheidung	490
II. Die Typisierung der kollisionsrechtlichen Interessenlage in sanktionsbezogenen Konflikten	492
1. Der verbleibende Raum für die kollisionsrechtliche Interessenanalyse in sanktionsbezogenen Konflikten	493
2. Die durch Sanktionsnormen typischerweise implizierten kollisionsrechtlichen Rechtsanwendungsinteressen	494
III. Die Typisierung der sachrechtlichen Interessenlage in sanktionsbezogenen Konflikten	498

1. Der verbleibende Raum für die sachrechtliche Berücksichtigungsentscheidung in sanktionsbezogenen Konflikten . . .	498
2. Die Berücksichtigung von Sanktionsnormen über Verbotstatbestände als pseudo-sachrechtlicher Vorgang	500
3. Die sanktionsbedingte Unzumutbarkeit der Leistungserbringung . . .	502
B. Leitlinien für die Anwendung von Wirtschaftssanktionen im internationalen Schiedsverfahren	507
I. Grundlegung	508
1. Ermittlung der relevanten sachverhaltsbezogenen Faktoren	509
2. Die Legitimationsentscheidung	511
3. Die kollisionsrechtliche Rechtsanwendungsentscheidung	514
4. Die sachrechtliche Berücksichtigungsentscheidung	515
II. Konkretisierung am Beispiel <i>Bank Melli Iran./Telekom Deutschland</i> . .	517
Zusammenfassung des vierten Teils	526
 Schlussbetrachtung	 529
 Literaturverzeichnis	 535
Rechtsprechungsverzeichnis	569
Sach- und Personenregister	579